



Hans-Hermann Hoppe

„Aber nein: Ich bin kein Monarchist, sondern ein Befürworter dessen, was ich eine „natürliche Ordnung“ genannt habe und was man auch als eine „reine Privatrechtsgesellschaft“ bezeichnet hat, in der sämtliche Personen und Institutionen – einschließlich des Polizei- und Rechtswesens – ein- und denselben privatrechtlichen Normen unterliegen.“

Ihr jüngstes Buch „Demokratie, der Gott der keiner ist“ hat heftige Kontroversen ausgelöst. Man unterstellt Ihnen vielfach Sympathie für monarchische Regierungsformen. Stimmt dieser „Vorwurf“?

Hans-Hermann Hoppe: Ja und nein. Ja, ich ziehe eine klassische Monarchie wie z. B. die Habsburger Monarchie dem modernen, demokratischen Österreich vor – aus gleich zu nennenden Gründen. Aber nein: ich bin kein Monarchist, sondern ein Befürworter dessen, was ich eine „natürliche Ordnung“ genannt habe und was man auch als eine „reine Privatrechtsgesellschaft“ bezeichnet hat, in der sämtliche Personen und Institutionen – einschließlich des Polizei- und Rechtswesens – ein- und denselben privatrechtlichen Normen unterliegen: niemand darf sich sein Einkommen aus Erpressungsgeldern (Zwangsabgaben) sichern, sondern jeder muss sich sein Einkommen am Markt durch die Produktion freiwillig absetzbarer Güter bzw. Dienstleistungen verdienen; und niemand darf einem anderen verbieten, auf irgendeinem Produktions- oder Dienstleistungsbereich mit ihm in Wettbewerb zu treten. (Der Staat tut beides: er finanziert sich durch Steuern, und er verbietet anderen, insbesondere auf dem Gebiet der Lebens- und Eigentumsverteidigung sowie der Rechtsprechung, gegen ihn in Konkurrenz zu treten!)

Was den relativen Vorteil der klassischen Erbmonarchie als Staatsform gegenüber der Demokratie angeht, so sind die Gründe eindeutig und glasklar: Der König betrachtet das Land, wie ein Privateigentumsbesitzer, als ‚sein‘. Er kann das Land oder Teile desselben verkaufen. Die Einnahmen gehören ihm. Und er kann sein „Eigentum“ vererben. Wie der Eigentümer eines Hauses, hat er darum langfristige Interessen. Er ist daran interessiert, den Preis seines „Eigentums“ zu erhalten oder gar zu vermehren; und bei allen Entscheidungen bezüglich seines Eigentums wird er berücksichtigen, was

„Kleinstaaterei“ vor

Ökonomie-Professor Hans-Hermann Hoppe Gott, der keiner ist“, die EU und die zunehmende

die Auswirkung dieser Entscheidungen hinsichtlich des Werts des Kapitals (des Hauses) ist, dessen Eigner er ist. Kurz, bei aller Neigung zur Ausbeutung seiner Untertanen wird ein König tendenziell vorsichtig und moderat sein, um nicht den Wert des zukünftigen Besitzes seiner Dynastie zu gefährden.

In diesem Buch führen Sie – mit einigen vielfach breit akzeptierten Argumenten – einen erbitterten Angriff gegen die Staatsform der „Demokratie“. Wo liegen deren wesentliche Schwächen, bzw. wie lauten Ihre Reformansätze (falls überhaupt möglich)?

Meine Argumente gegen die Demokratie sind im Wesentlichen bereits in meiner (relativen) Verteidigung der Monarchie enthalten.

Hoppe: Meine Argumente gegen die Demokratie sind im Wesentlichen bereits in meiner (relativen) Verteidigung der Monarchie enthalten: Demokratische Politiker – Präsidenten und Kanzler im Unterschied zu Erbmonarchen – sind vorübergehende Verwalter des Staates. Ihr Interesse ist es, das gegenwärtige Staatseinkommen, mit dem sie sich Freunde und Einfluss verschaffen können, zu erhöhen, ohne sich um den Kapitalwert des Landes zu scheren, da sie doch nur Nutznießer, aber nicht Eigentümer der Landes sind. Ihr Interesse ist kurzfristig: je mehr und umso schneller ich etwas aus dem Land herausholen kann, desto besser, denn „langfristig sind wir alle tot.“ Verantwortungslosigkeit und gegenwärtige Schuldenmacherei (für die man ja nicht persönlich haftbar ist) sind deshalb Kennzeichen der Demokratie.

Sie brachen kürzlich in einem „Presse“-Interview eine Lanze für die „Kleinstaaterei“. Worin bestehen deren Vorteile im Vergleich zum „Superstaat EU“?

Hoppe: Lassen Sie mich mit dem Of-

fensichtlichen beginnen. Allen Kleinstaaterei – Monaco, Liechtenstein, Andorra, (ehemals) Hong Kong, Singapur, auch der relativ großen Schweiz – geht es wirtschaftlich besser als den umliegenden Großregionen. Außerdem – darüber sind sich fast alle Historiker einig – wird der Aufstieg Westeuropas zur führenden Wirtschaftsregion der Welt – im Unterschied etwa zu China, das Europa bis ins 16. Jahrhundert hinein wirtschaftlich ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen war – mit der politischen Dezentralisierung Europas, d. h., Europas politischer Anarchie im Gegensatz zu Chinas Zentralisierung – in Verbindung gebracht.

Schließlich ist der Aufschwung Deutschlands zur führenden Kultur- und Wissenschaftsnation im Verlauf des 19. Jahrhunderts – vor 1871 – auf die politische Zersplitterung Deutschlands in 39 miteinander konkurrierende Fürstentümer zurückgeführt worden – im Gegensatz zum stark zentralisierten Frankreich, wo die Kultur allein in Paris stattfand und der Rest des Landes durch kulturelle Dunkelheit gekennzeichnet war. Für all dies gibt es systematische Gründe, und darum mein Plädoyer für die Kleinstaaterei. Kleinstaaterei müssen eine Niedrigsteuer und Regulierungspolitik durchführen, ansonsten hauen insbesondere die produktivsten Bürger einfach ab. Ein Weltstaat, mit ein- und derselben weltweiten Steuer- und Regulierungspolitik, unterliegt diesem Zwang nicht. Er kann darum unvergleichlich mehr ‚totalitär‘ sein. Darüber hinaus muss ein Kleinstaat fast notwendigermaßen eine Freihandelspolitik betreiben, denn Protektionismus würde entweder Hunger oder Tod für seine Bürger bedeuten. Für einen Großstaat wie die USA dagegen würde Protektionismus zwar eine deutliche Wohlfahrtsverringerung bedeuten, aber niemand würde auf den Strassen

VON ANDREAS MÖLZER

Es war schon auffällig: Überall dort, wo das Volk direkt abstimmen konnte, wurde der vorgelegte EU-Verfassungsvertrag massiv verworfen. Und in Ländern, in denen kein Referendum vorgesehen ist, beweisen zumeist die Meinungsumfragen, dass es dort genauso wäre. Gleichzeitig jedoch ist die politische Klasse, vertreten durch die von den Parteien gestellten Abgeordneten in den Parlamenten, mit überwiegenden Mehrheiten für die Verfassung eingetreten und hat diese auch ratifiziert. Daran sieht man, welch gewaltige Kluft zwischen der Meinung des demokratischen Souveräns, des Bürgers und Wählers also, und der der politischen Klasse herrscht. Eine Kluft, die offenbart, mit welchem großem Fragezeichen der Begriff „Volks-herrschaft“ zu versehen ist.

Das eherne Gesetz der Oligarchie nannte der Parteien-Kritiker Robert Michels in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts jenes Phänomen, wonach die Delegierten, also die Mandatäre, das Volk, das sie entsendet, beherrschen. Normalerweise wäre ja der Entsender als Souverän jener, der die Macht inne hat und der von ihm Entsendete hätte bloß dessen Vorgaben zu

erfüllen. In der Realität des (pseudo-)demokratischen Parteienstaats ist es aber umgekehrt. Die politische Klasse, die Mandatäre, die Entsendeten beherrschen ihrerseits das Wahlvolk und allenfalls alle vier, fünf Jahre, wenn es einen Urnengang gibt kann das Wahlvolk seinem Willen wirklich Ausdruck verleihen. Völlig zu recht werden solche Urnengänge von der politischen Klasse auch entsprechend gefürchtet. Und wenn es nur irgendwie möglich wäre, würde man derlei Wahlgänge schlicht und einfach absagen oder auf Dauer verschieben. Allen Versuchen allerdings, dass Volk mit den Instrumentarien der direkten Demokratie häufiger zu Wort kommen zu lassen, erteilt man von Seiten der politischen Klasse – warum wohl? – immer wieder eine entschiedene Absage. Wozu habe man denn die repräsentative Demokratie, heißt es da.

Und: Die gewählten Politiker müssten eben Verantwortung übernehmen und auch diese übertragen, alles andere sei billiger Populismus. Nun gibt es hierzulande mit den Instrumenten des Volksbegehrens, der Volksbefragung und der Volksabstimmung verfassungsmäßig vorgesehene Mechanismen der direkten Demokratie. Mechanismen aber, die man seitens der politischen Nomenklatura möglichst sparsam oder wenn dann möglichst kontrolliert einsetzt. Dem Volk misstrauen die Volksvertreter offenbar ganz massiv. Bestes Beispiel dafür ist Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, der es im Falle der EU-Verfassung tunlichst vermied, einen Volksentscheid aufkommen zu lassen. In der Haltung Schüssels, sowie in der Phobie der politischen Klasse insgesamt vor der direkten Demokratie, manifestiert sich ein tiefes Misstrauen gegen-

Das lästige Volk

Die Nomenklatura fürchtet die direkte Demokratie

„Superstaat EU“

über sein Skandal-Buch „Demokratie – der Regelungsdichte in demokratischen Ländern

verhungern. Schließlich würde ein System der Kleinstaaterei zur Wiedereinführung eines von staatlicher Kontrolle freien Warengeldes (wie des Gold- oder Silberstandards) führen, während das Zentralstaatswesen ein beliebig manipulierbares und einem ständigen Wertverlust unterliegendes Papiergeld hervorgebracht hat.

Die EU-Verfassung ist nach der Ablehnung durch Franzosen und Niederländer in ihren Referenden – zumindest auf absehbare Zeit – gescheitert. Wie beurteilen Sie diesen Umstand und welchen Weg sollte Ihrer Meinung nach Europa jetzt einschlagen?

Hoppe: Es ist mir klar, daß die Ablehnung der EU-Verfassung aus den unterschiedlichsten Gründen erfolgt ist, und dass die EU-Gegner völlig inkompatible Vorstellungen haben hinsichtlich dessen, was nun geschehen soll. Ungeachtet all dessen war ich über das Ergebnis der Abstimmung in Frankreich und den Niederlanden hoch erfreut. Das war so etwas wie ein Tritt gegen das Schienbein der politischen Klasse, und die politische Klasse verdient Tritte nicht nur gegen das Schienbein, sondern auch gegen diverse andere, insbesondere schmerzempfindlichere Körperteile.

Was sollte man mit dem bisherigen, bestehenden Bürokraten-Europa machen?

Hoppe: Brüssel sollte abdanken, nicht nur als europäische Hauptstadt, sondern, um ein unübersehbares Zeichen zu setzen, auch als Hauptstadt eines künstlichen, unhistorischen Belgiens, das im Kleinformat den gesamten Unsinn eines staatlich vereinten Europas widerspiegelt. Flamen und Wallonen gehören nicht zusammen. So wie die Flamen sich des parasitären Wasserkopfs der Wallonen entledigen und sie zwingen sollten, auf eigenen wirtschaftlichen Beinen zu stehen, so sollte Europa die Euro-Bürokraten nach Hause schicken, damit diese endlich einem produktiven Broterwerb nachgehen und dafür sorgen, dass pro-

duktive europäische Regionen belohnt und unproduktive Regionen bestraft werden – im Unterschied zur kontraproduktiven gegenwärtigen Praxis.

Die Regelungsdichte nimmt in der gesamten demokratisch verfassten Welt zu. Totalitäre Überwachungstendenzen und Allmachtpantastien feiern insbesondere in den USA seit „9/11“ fröhliche Urständ'. Wie sehen Sie die weitere Entwicklung in der „freien Welt“?

Hoppe: Immer und überall sind Staaten darum bemüht, ihre Untertanen zu kontrollieren und herauszufinden und nach Möglichkeit zu lenken, was sie denken und tun. Darum das stete Bemühen, eine Verbindung mit der Religion herzustellen. Darum die „öffentliche“ – verstaatlichte – Bildung. Darum die direkte oder indirekte – über Lizenzvergabe gesteuerte – Kontrolle über das Verkehrs- und Kommunikationswesen. Z.B. die Post, als das älteste diesbezügliche Unternehmen, ist nicht deshalb überall in staatlichen Händen, weil dies anders nicht geht, wie man es im

Immer und überall sind Staaten darum bemüht, ihre Untertanen zu kontrollieren und nach Möglichkeit zu lenken, was sie denken und tun.

Kindergarten lernt, sondern weil man so notfalls die Post der Bürger lesen kann.

Und um ihre Kontrolle über die Untertanen auszuweiten benutzen Staaten insbesondere Krisen. Ja oft provozieren oder verursachen sie diese Krisen sogar zu diesem Zweck. Im „Kalten Krieg“ benutzte man die „Gefahr des Kommunismus“, um die staatlichen Kontroll- und Bespitzelungsmöglichkeiten zu erweitern. Im Zuge des „Kriegs gegen die Drogen“ wurde das Bankgeheimnis sukzessive abgeschafft und alle privaten finanziellen Transaktionen zu einer öffentlichen Angelegenheit erklärt. Und der gegenwärtige „Krieg gegen den

Terrorismus“ hat die staatliche Überwachung noch totaler werden lassen.

Solange die Bevölkerung unter der Illusion leidet, dass der Staat das Leben und Eigentum seiner Subjekte schützt, anstatt richtigerweise zu erkennen, daß der Staat der größte Feind von Leben und Eigentum ist, (allein im 20. Jahrhundert und in Friedenszeiten sind Staaten für fast 200 Millionen Todesopfer verantwortlich gewesen!) solange, fürchte ich, wird sich an dieser traurigen Tendenz nicht viel ändern. Die technische Entwicklung verhält sich in diesem Prozess übrigens im Wesentlichen „neutral.“ Manchmal und zeitweilig wirkt sie zugunsten der Kräfte der Freiheit und manchmal und zu anderen Zeiten zugunsten staatlicher Unterdrückung und Überwachung.

Antidiskriminierungs-Kampagnen erfreuen sich dz. großer Beliebtheit (siehe „Antidiskriminierungsgesetz“ in Deutschland). Wie sehen Sie die „Verbindlichmachung von Toleranz“ oder oktroyierten Egalitarismus, oder – anders gefragt – gibt es für Sie so etwas wie eine „legitime Intoleranz“ und – falls ja – wie wäre diese zu definieren?

Hoppe: Im Unterschied zu häufig und vielerorts nachgeplappertem Geschwätz ist Toleranz keine

hohe Tugend, sondern oft nur Ausdruck abgrundtiefer, sogar verabscheuenswerter Dummheit. Soll ich dem Kannibalen gegenüber, der mich auffressen will, tolerant sein? Dem Kommunisten, der mein Eigentum enteignen will? Dem Sozialisten, der mir die Hälfte meines erarbeiteten Vermögens und Einkommens wegsteuern möchte? Dem Demokraten, der mich mit Hilfe des Wahlzettels zu entrechten und verarmen versucht? Dem Grünen, der mir das Verfügungsrecht über mein Eigentum entziehen will, weil damit das Leben eines Frosches erhalten werden kann? Ich glaube kaum.

Da – schon lange davor – hört bei mir jedenfalls die Toleranz auf.

Was unsere Gesellschaften moralisch und wirtschaftlich zugrunde richtet, uns immer mehr dem Abgrund zutreibt, ist nicht zuwenig Toleranz, sondern zuviel. Was speziell die neuen europäischen Antidiskriminierungsgesetze angeht, die es in den USA bereits seit Mitte der 60er gibt, läßt sich folgendes feststellen. Es gehört wesentlich zum Recht auf Privateigentum, dass der Eigentümer nach Belieben „einschließen“ und „ausschließen“ darf. Mit Antidiskriminierungsgesetzen nimmt der Wohlfahrtsstaat Privateigentümern dieses Recht in immer größerem Umfang, d. h. er enteignet sie zunehmend. Arbeitgeber dürfen nicht mehr einstellen oder entlassen, wen sie wollen. Vermieter dürfen sich ihre Mieter nicht mehr frei aussuchen und Verkäufer nicht mehr ihre Käufer. Privaten Vereinigungen ist es nicht mehr gestattet, sich beliebige, ihren Mitgliedern vorteilhaft erscheinende Satzungen zu geben, etc. Der Staat beraubt die Menschen damit eines Großteils ihres persönlichen Schutzes; denn andere nicht von seinem Eigentum ausschließen zu dürfen, bedeutet sich nicht schützen zu können. Andere Menschen vom eigenen Eigentum ausschließen zu dürfen, ist ein Verfahren, mit dem ein Eigentümer verhindern kann, dass ihm etwas Böses oder von ihm als unangenehm Erachtetes geschieht. Indem freier Ausschluss nicht erlaubt ist, werden die Häufigkeit von Bösem und Unangenehmem – schlecht erzogenen, faulen, unzuverlässigen, üblen Schülern, Lehrlingen, Studenten, Angestellten, Mietern, Kunden, usw. vermehrt. Erzwungene Integration tritt an die Stelle freier Assoziation, und erzwungene Integration züchtet schlechtes Benehmen und schlechten Charakter. In einer zivilisierten Gesellschaft ist der höchste zu zahlende Preis für schlechtes Benehmen der Ausschluss, und rundum schlecht erzogene oder üble Charaktere werden sich schnell von allem und jedermann ausgeschlossen finden. Wenn man im Gegensatz dazu daran gehindert wird, andere von seinem Eigentum auszuschließen, wann immer man ihre Anwesenheit für unerwünscht hält, werden schlechtes Benehmen, Fehlverhalten und rundweg üble Charaktere ermutigt. Wir sehen das Ergebnis erzwungener Integration schon jetzt überall. Alle sozialen Beziehungen – ob im privaten oder im Geschäftsleben – sind zunehmend egalitär und unzivilisiert geworden.

Toleranz ist keine hohe Tugend, sondern oft nur Ausdruck abgrundtiefer, sogar verabscheuenswerter Dummheit.

über dem Volk und auch tatsächliche ganz reale Angst vor der Meinung des Volkes. Und auch so etwas wie Verachtung vor der Dummheit dieses Volkes. Nun mag es zwar so sein, dass breite Kreise der Bevölkerung wenig Ahnung von politischen Abläufen haben und anfällig für populistische Thesen sind. Interessant ist aber doch, dass die Bevölkerung in der Summe ein weit besseres Gespür, einen Instinkt gewissermaßen für das Positive, für das Sinnvolle und für das Machbare hat, als es die politische Klasse wahrhaben will. „Die Wahrheit sei bei wenigen bloß“, weiß der Klassiker Friedrich Schiller zu sagen. Dennoch ist es eine Tatsache, dass das Volk in seiner breiten Masse über ein weitaus sichereres Urteil verfügt, als eine in breiten Teilen moralisch korruptierte politische Klasse.

Solange also nicht im Sinne Friedrich Schillers oder gar Platons Philosophen regieren, sollte man im Sinne wirklicher Demokratie tatsächlich das Volk regieren lassen. Es ist allemal besser als jene Rotten von Partei-Apparatschiks, die sich in der postmodernen Demokratie europäischer Prägung die Pfründe und die Plätze an den Schalthebeln der Macht teilen.



Ab sofort bestellbar:

Was bleibt von der Dritten Kraft?

Neuerscheinung

Ich bestelle Exemplare des Buches zum Preis von 19,90 Euro:
[exklusive Versandkosten]

„Was bleibt von der Dritten Kraft?“

Name:
Adresse:
Unterschrift:

Einzusenden an: „Zur Zeit“, 1030 Wien, Engelsberggasse 4
oder: Tel.-Nr. (01) 712 10 57, Fax: DW 20, EMail: verlag@zurzeit.at